

Pressemitteilung

AOK-Verwaltungsrat fordert schnelle und tiefgreifende Reformen im Gesundheitswesen

AOK NordWest mit 57.000 neuen Mitgliedern, Rekord-Haushalt und Zusatzbeitrag verabschiedet

Dortmund, 16. Dezember 2025

Ein sofortiges Ende der GKV-Finanzkrise mit schnellen und tiefgreifenden Reformen. Das fordert der Verwaltungsrat der AOK NordWest in seiner heutigen Sitzung in Dortmund von der Bundesregierung. „Die verfehlte Gesundheitspolitik der vergangenen Jahre mit ständig steigenden Krankenkassenbeiträgen muss endlich ein Ende haben. Wir brauchen eine einnahmeorientierte Ausgabenpolitik, nachhaltige Strukturreformen und ein Ende der Verschiebebahnhöfe zu Lasten der beitragszahlenden Versicherten und Arbeitgeber in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)“, forderte der alternierende AOK-Verwaltungsratsvorsitzende und Arbeitgebervertreter Johannes Heß. Trotz der anhaltenden dynamischen Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen ist es der AOK NordWest durch ein erfolgreiches Finanzmanagement gelungen, den Zusatzbeitrag im gesamten Jahr 2025 im Vergleich zu vielen anderen Krankenkassen stabil zu halten. Doch aufgrund der weiterhin ausbleibenden politischen Reformen muss der Zusatzbeitrag für 2026 angepasst werden. Außerdem verabschiedete der AOK-Verwaltungsrat mit rund 15,2 Milliarden Euro einen neuen Rekord-Haushalt für das nächste Jahr. Erfreulich: Die AOK NordWest setzt ihren erfolgreichen Wachstumskurs fort. In diesem Jahr entschieden sich rund 57.000 neue Mitglieder für die größte gesetzliche Krankenkasse in Westfalen-Lippe und Schleswig-Holstein.

Politik verursacht höhere Zusatzbeiträge

Durch die von der Politik verursachten erheblichen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen und die weiterhin ausbleibenden tiefgreifenden Reformen ist auch die AOK NordWest gezwungen, ihren allgemeinen Gesamtbeitragssatz ab 1. Januar 2026 moderat anzupassen – von derzeit 17,39 Prozent auf 17,59 Prozent. Dieser Beitrag setzt sich aus

dem bundesweit für alle gesetzlichen Krankenkassen gültigen allgemeinen Beitragsatz in Höhe von 14,6 Prozent und dem kassenindividuellen Zusatzbeitragssatz in Höhe von 2,99 Prozent zusammen.

Klare Perspektive für dauerhaft stabile Finanzen erforderlich

Nach Auffassung des AOK-Verwaltungsrats braucht die GKV endlich eine klare Perspektive für dauerhaft stabile Finanzen. Die Ausgaben steigen seit Jahren stärker als die Einnahmen. Unklar ist immer noch, ob das von der Bundesregierung eingebrachte kleine Sparpaket von rund zwei Milliarden Euro für 2026 die Zustimmung der Länder im morgen erneut tagenden Vermittlungsausschuss findet. Gibt es hier keinen Konsens, käme eine weitere finanzielle Belastung auf die GKV zu. Ob der Politik der ‚große Wurf‘ gelingt, wird sich zeigen, nachdem die einberufene Finanzkommission im März ihre Vorschläge auf den Tisch gelegt hat.

Strukturreformen sind überfällig

Um die Versorgung künftig effizienter zu gestalten und vorhandene Mittel zielgenauer einzusetzen, sind Strukturreformen überfällig. „Eine solche Reform muss auch die staatliche Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben umfassen, die bislang aus Beitragsmitteln getragen werden und mit rund zehn Milliarden Euro (rund 0,5 Zusatzbeitragspunkte) jährlich die Solidargemeinschaft belasten. Es ist nicht hinnehmbar, dass die GKV für Leistungen aufkommt, die originär in staatlicher Verantwortung liegen“, so **Lutz Schäffer, alternierender AOK-Verwaltungsratsvorsitzender und Versichertenvertreter**. Genau aus diesem Grund unterstützt die AOK NordWest auch die vom GKV-Spitzenverband erhobene Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen der unzureichenden Finanzierung der gesundheitlichen Versorgung der Bürgergeldbeziehenden. „Aktuell zahlt der Bund der GKV keine ausgabendeckenden Beiträge für Bürgergeldbeziehende und damit im Jahr rund zehn Milliarden Euro weniger, als die GKV für diese Leistungen im Auftrag des Staates ausgibt“, so Schäffer.

Reformen für stabile Kassenfinanzen einleiten

Für stabile Kassenfinanzen sind weiter neben der dringend erforderlichen Dynamisierung des Bundeszuschusses für versicherungsfremde Leistungen auch die kurzfristige Anhebung des Herstellerrabatts für die Pharmaindustrie von heute sieben auf 16 Prozent sowie die Absenkung auf den verminderten Mehrwertsteuersatz bei Arzneimitteln nötig. „Des Weiteren darf die eingeleitete Krankenhausreform nicht weiter aufgeweicht werden. Und die lange angekündigte Notfall- und Rettungsdienstreform muss nun endlich zügig auf den Weg gebracht werden. Das würde wesentlich dazu beitragen, die Fehlversorgung von Akut- und Notfallpatienten zu reduzieren“, so Heß.

AOK setzt Mitgliederwachstum fort

Insgesamt 57.000 neue Mitglieder entschieden sich in diesem Jahr für die größte gesetzliche Krankenkasse in Westfalen-Lippe und Schleswig-Holstein. **AOK-Vorstandsvorsitzender Tom Ackermann** hob hervor, dass die AOK NordWest mit einem guten Preis-Leistungsverhältnis mit vielen exklusiven Mehrleistungen innerhalb des 500 Euro-Gesundheitsbudgets und dem neuen Bonusprogramm unverändert attraktiv für alle gesetzlich Krankenversicherten bleibe. „Wir garantieren unseren Versicherten weiterhin einen persönlichen Service vor Ort und moderne Lösungen für eine schnelle und mobile Kunden-Kommunikation“, so Ackermann.

AOK NordWest im Profil

Die AOK NordWest mit Sitz in Dortmund zählt zu den zehn größten gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland. Die rund 6.200 Mitarbeitenden beraten in den 65 AOK-Kundencentern über 2,9 Millionen Versicherte, davon 2,3 Millionen in Westfalen-Lippe und über 600.000 in Schleswig-Holstein. Das Haushaltsvolumen beläuft sich im Jahr 2026 auf 15,2 Milliarden Euro. Über 96 Prozent der geplanten Ausgaben werden in die Gesundheit der Versicherten investiert.